

# Frankreich und der Kellogg-Pakt

## Neue Vorbehalte

London, 3. Juli.

Hoffen von einigen Staatsämtern, wie dem höchsten richterlichen, auch weiter an.

Wenn im vorhergehenden erwähnt wurde, daß die hochkirchliche Richtung sich Kom nähert, so führen andererseits gerade von der „niedereren“ Kirche — dies ist die ausgesprochen freigeistige Richtung innerhalb der Church of England — und von den Freikirchen nähere Wege nach Kom als nach Westminster. Die Gemeinsamkeiten liegen hier hauptsächlich auf sozialpolitischem Gebiete, abgesehen von der gemeinsamen Opposition gegen das Staatskirchenwesen. Besonders das Quäkertum, seine Elite praktischen Christentums, zeigt eine starke Annäherung an die französische Gemeinschaftsauffassung.

Die Doppelstellung, die der Katholizismus als konservatives und fortschrittliches Element im geistigen, politischen und sozialen Leben Englands einnimmt, ist am besten an den inneren Kämpfen der Staatskirche zu erkennen und an der Haltung, die die Katholiken zu den strittigen Fragen einnehmen.

Die Church of England untersteht bekanntlich nicht nur in ihrer Organisation und Hierarchie dem Parlament, das die Bischöfe ernannt, sondern auch in ihrer Lehre, die von der Volksoberkeit überwacht wird. Für Irland hatte Gladstone im Jahre 1869 das Staatskirchenwesen abgeschafft, und 1920 führte Lloyd George dieselbe Maßnahme für seine Heimat Wales durch. Wie ungebunden dagegen die staatliche Kontrolle der englischen Kirche auch heute noch fortbesteht und durchgeführt wird, das beweist die Ablehnung des Entwurfs eines neuen Gebetbuches durch das Parlament in 1. und 2. Lesung während die Kirchenversammlung sich in überwältigender Mehrheit für den Entwurf ausgesprochen hatte. Die Wichtigkeit dieses Entwurfs für die anglikanische Kirche liegt darin, daß das Gebetbuch die offizielle Liturgie, ganz besonders den Ritus der Abendmahlsfeier festlegt. Die Einwände gegen das Buch kommen von entgegengesetzter Seite; während es nämlich der hochkirchlichen Richtung zu protestantisch erscheint, steht die niedere Kirche zu viel Römischer darin mehr oder weniger verstreut enthalten. Der Führer der „Niedereren“, Bischof Barnes von Birmingham, hielt im November 1927 eine berühmt gewordene Predigt in der St. Pauls-Kathedrale in London, die zweierlei Hauptangriffe gegen die Hochkirche enthielt. Einmal warf er ihr mittelalterliche Anschauungen in der Abendmahlslehre vor, und außerdem lehnte er sich mit Pantheismus für Darwinismus und Entwicklungslehre ein.

Während nun in der ersten Frage die High Church auf gemeinsamer Linie mit den Katholiken kämpft, müssen diese sich über den beiderseitigen Eifer wundern, mit dem auf protestantischer Seite die Frage der Evolution erörtert wird.

Die Begriffe: hoch- und niederkirchlich bedeuten in England geistige Bestrebungen, die auch ihren klaren, richtungspolitischen Ausdruck finden, indem nämlich die Hochkirche im Grunde konservativ ist, die niedere und die Freikirchen dagegen zum politischen Radikalismus liberaler und sozialer Art neigen. Die Katholiken finden sich dagegen in Vertretung ihrer staatspolitischen und kulturellen Ziele in allen politischen Lagern. Verständlich wird diese Erscheinung, wenn man berücksichtigt, wie verschiedenartig die in Kürze gezeichneten Beziehungen sind, in denen der Katholizismus zu dem reichhaltigen und mannigfachen religiösen Leben Englands steht, zur Staatskirche, zu den Freikirchen und Sekten.

Im Kampf um die Bewirkung sozialer Christentums haben sich viele Katholiken der Labour-Partei angeschlossen, insbesondere, da die christliche Gewerkschaftsbewegung noch in den Anfängen steht und keinen besonderen politischen Ausdruck gefunden hat. Außerdem hat aber auch die englische Arbeiterbewegung mit dem Materialismus kontinentaler Marxisten nichts gemeinsam. So ist z. B. der ehemalige Labourminister Wheatley Katholik. Die junge soziale Bewegung der „katholischen Arbeiter-Gilden“ steht unter der Leitung des bekannten P. O'Hay S. J. in Oxford. — Während die Liberalen ebenfalls verschiedene Katholiken zu den ihrigen zählen, steht jedoch die Mehrheit auch heute auf konservativer Seite. Der gelehrte Wortkämpfer solcher Ideen ist G. R. Chesterton, der mit B. Shaw den Ruhm des geistreichsten Schriftstellers in England teilt.

Wenn sich in England eine katholische Partei nicht gebildet hat und vermutlich auch nicht entstehen wird, so liegt dies nur zum geringeren Teil daran, daß die Katholiken, wenn auch ständig zunehmend, eine schwache Minderheit bilden. Auch wenn sie zu einer stärkeren Macht anwachsen sollten, so wäre trotzdem der politische Zusammenschluß sehr unwahrscheinlich. Der Hauptgrund eines solchen Zusammenschlusses ist in allen Staaten die Entchristlichung und Säkularisierung des öffentlichen Lebens; von dieser ist aber in England auch in der heutigen Zeit noch sehr wenig zu verspüren. Wohl wird von der politischen Linken das Staatskirchenwesen oft mit äußerster Erbitterung befehdet, aber die christliche Ethik gilt allenthalben als Norm auch im staatlichen Leben. Ein Kampf gegen den religiösen Gedanken, sei es in der Schule oder in sonstiger kultureller Hinsicht, würde sich nur der allgemeinen Lästerlichkeit aussetzen und wird auch von keiner Seite versucht.

Schließlich bietet ein Parlament, in dem nur drei Parteien bestehen, von denen eine jede einen unendlich weiten Spielraum politischer Anschauungen gewährt, den Katholiken genügende Möglichkeiten, in jeder dieser Parteien ihre kulturellen und staatspolitischen Wünsche zur Geltung zu bringen.

### Amanullah wieder daheim

Simla, 3. Juli.

Das afghanische Königspaar ist nach seiner langen Europareise wieder in Kabul eingetroffen. Er wurde mit großer Begeisterung bei seiner Rückkehr in die afghanische Hauptstadt empfangen.

### Wahlkrawalle in Mexiko

Neuquay, 3. Juli.

„Associated Press“ meldet aus Mexiko-City: Den Zeitungen zufolge hat am gestrigen Wahltag nur eine einzige Wahlstation stattgefunden. In Veracruz, im Staate Veracruz, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Anhängern zweier Kandidaten für den mexikanischen Kongress. Die Streitenden gingen mit Gewehren, Messern, Stöcken und Steinen aufeinander los, wobei zwei getötet und zehn verwundet wurden.

Die Garnison von Vera Cruz wurde am 30. Juni von mehr als zweihundert Aufständischen angegriffen. Sofort entwichen Bundesstruppen geritten die Angreifer, die 26 Toten, Verwundete und Munition zurückließen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt, daß die französische Regierung auf diplomatischem Wege festzustellen suche, ob die verschiedenen Locarno-Regierungen, insbesondere aber die britische Regierung, bereit sein würden, mit Frankreich bei der Ausbreitung und Unterzeichnung eines besonderen Protokolls zusammenzugehen, das als Anhang zu dem Kellogg-Pakt behandelt werden könnte. Der Quai d'Orsay wünsche zwar Washingtons Empfindlichkeit nicht zu verletzen, sei aber abgeneigt, seine Unterzeichnung unter den Pakt zu sehen, ohne seine eigene Auslegung der besonderen Rechte und Pflichten der Unterzeichner der Völkerbundsatzung, der Locarnoverträge und der sogenannten französischen Neutralitätsverträge zu Protokoll zu bringen.

Wer vielleicht geglaubt hat, daß die neue Formulierung des Kellogg-Vorschlages, welche eine Entbindung aller Teilnehmer von ihren Verpflichtungen im Falle des Vertragsbruchs vorsieht und auch Belgien, Polen und die Tschechoslowakei in den Kreis der Paktteilnehmer einbezieht, einer baldigen Unterzeichnung des Paktes, vielleicht schon am 4. oder 15. Juli, die Wege ebnet würde, hat wieder einmal die Rechnung ohne Frankreich gemacht. Die juristischen Alteswisser am Quai d'Orsay können ihre Bedenken noch nicht zerstreuen, welche aus einer eventuellen unfreundlichen Auslegung des Paktes entstehen könnten, solange nicht das Recht auf die Militärallianzen ganz ausdrücklich betont wird, ein Ansehen, zu dem Kellogg sich niemals bereit erklären kann, soll nicht sein Vorhaben seinen ganzen Sinn verlieren. Wie dürfen gespannt sein, ob Chamberlain wieder einmal dem französischen Standpunkt durch eigenes Zögern Rechnung tragen wird, oder der Stimmung der öffentlichen Meinung folgend, mit Deutschland zusammen zur Unterzeichnung sich bereit erklärt und dadurch Frankreich moralisch zwingt, nachzufolgen.

### Was der „Gaulois“ von der Saar denkt

Paris, 3. Juli.

„Gaulois“ beschäftigt sich mit der Heidelberger Kundgebung für die Saar. Er spricht von den verschiedenen Gerüchten einer finanziellen vorzeitigen Regelung und schreibt: Es handelt sich nicht bloß um eine Geldangelegenheit, es handelt sich auch um Sicherheit. Mit Kohle macht man Stahl, aus dem man

### Müllers Programmrede

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Notlage der deutschen Landwirtschaft hält unverändert an. Auf der Grundlage des vom letzten Reichstag beschlossenen Hilfswerkes sollen die Arbeiten zur Qualitätssteigerung, zur Standardisierung wichtiger Produkte und zur Verbesserung der Absatzorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der Coöperationsvereine der bäuerlichen Wirtschaft gefördert werden. Die vorrangige Sorge bereitet die immer noch steigende landwirtschaftliche Verschuldung zu Zinsen, die auch in besseren Zeiten nicht erwirtschaftet werden können. Die Umwandlung dieser Kredite in langfristige Verschuldung und die Senkung der Zinslast aller landwirtschaftlichen Schulden wird angestrebt werden. — Die Reichsregierung beabsichtigt die

#### Nationalisierung des Washingtoner Abkommens

über den Achtstundentag. Sie wird den bereits vom Reichsrat verabschiedeten Entwurf eines Arbeitsgesetzes des Reichstages alsbald vorlegen, ebenso auch den zu seiner Ergänzung erforderlichen Entwurf eines Vergarbeitsgesetzes. Die in diesem Gesetze enthaltene Regelung der Arbeitszeit beruht auf der Grundlage des Achtstundentages und entspricht dem Washingtoner Übereinkommen.

Eine fruchtbarere Arbeit auf dem Gebiete der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist nur möglich auf dem Fundament eines festen Staatsgefüges, dessen Grundlage unsere Weimarer Verfassung ist. Es ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, auf dieser Grundlage unser Staatswesen in demokratischem Sinne auszubauen und für die

#### Ehrgang und Achtung der Republik

und ihrer Symbole einzutreten. Sie wird die vom Reichsrat beschlossene Initiativvorlage über den Verfassungstag unverzüglich beim Reichstag einbringen. Aufgabe der von der Reichsregierung in Angriff zu nehmenden Wahlrechtsreform wird die Aufrechterhaltung des verfassungsmäßig festgelegten Systems der Verhältniswahl aber zugleich die Sicherstellung einer engeren Beziehung des Abgeordneten zu den Wählern sein. In der

#### Schulpolitik

wird die Reichsregierung die Lösung des weittragenden Problems des Reichsschulgesetzes im Sinne der Hebung und Verbesserung des hochwertigen deutschen Schulwesens anstreben.

Die Wehrmacht der deutschen Republik wird ihre Aufgaben — Schutz der Grenzen und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern — nur dann wirksam erfüllen können, wenn sie im Volke wurzelt und vom Vertrauen aller Bevölkerungsklassen getragen wird. Bei allseitigem guten Willen wird und muß es gelingen, daß die Fragen der Wehrmacht nicht mehr unter Vorbehaltspunkten behandelt werden, daß jeder Deutsche stolz auf unsere Wehrmacht ist und in ihr nur einen Helfer und Schützer sieht.

Bei der Fortführung der Strafrechtsreform wird namentlich die Frage der

#### Absetzung der Todesstrafe

zu entscheiden sein. Schon jetzt wird die Reichsregierung bei den Landesregierungen anregen, bis dahin das Begnadigungsrecht gegenüber Todesurteilen anzuwenden. Bei den Amnestieentwürfen hofft die Reichsregierung, daß der Reichstag sich über Umfang, Art und Grenzen verständigen wird und legt besonderen Wert darauf, daß durch eine beschleunigte Behandlung der Anträge die gesetzgeberische Lösung der Aufgabe noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages zum Abschluß gelangt.

Zur Steuerpolitik wird zu prüfen sein, inwieweit die drückende Steuerlast der mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung eine Erleichterung erfahren kann. Vordringlich erscheint die Frage, inwieweit bei den Einkommen bis zu achttausend Mark eine Erleichterung angestrebt werden soll, an-

widerum Kriegsmaterial herstellt. Frankreich hat unter den Entschädigungen, die ihm der Friedensvertrag von Versailles eingebracht hat, diesen kostbaren Vorteil erlangt, die Saargruben und dadurch auch die Schwerindustrie des Saargebietes zu kontrollieren. Diese Garantie für einhalb Milliarden Papierfranken auszugeben, würde bedeuten, den Sperling in der Hand für die Taube auf dem Dach loszulassen.

Soll das heißen, daß man jede Verhandlung über die Saar a priori ablehnen muß? Die Regierung allein kann über die Opportunität einer Verhandlung in dieser Frage urteilen. Welches aber auch die ins Auge gefaßte Lösung sein werde, die französische Öffentlichkeit muß wissen, daß das Saarproblem eine viel wichtigere politische Seite hat als seine wirtschaftliche und finanzielle Seite. Unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit ist es vielleicht noch wichtiger als das Rheinlandproblem, mit dem es logischerweise verbunden werden muß, um tatsächliche und greifbare Garantien zu erlangen, wenn Frankreich nicht einen schlechten Handel abschließen soll.

Wenn man es nicht Schwarz auf Weiß läßt, würde man schwerlich glauben, daß heute in Frankreich noch ernsthaft die Rückgabe des Saargebietes nach vollzogener Abstimmung diskutiert wird. Wieder muß die angeblich gefährdete „Sicherheit“ dazu herhalten, um die Absichten der Imperialisten auf dieses wertvolle Stück deutschen Bodens zu bemänteln. Die Saarfrage steht insofern in einem Zusammenhang zum Rheinproblem, als beide Gebiete gleichzeitig unter ähnlichen Umständen geräumt werden müssen, das Saargebiet nach einer Abstimmung, die, wie die Dinge liegen, nur noch eine Formalie ist. Eine darüber hinausreichende Kontrolle der Schwerindustrie des Landes kann vor keinem internationalen Forum mit keinem Vorwande gerechtfertigt werden, selbst wenn, was kaum zu erwarten ist, Deutschland zum sofortigen völligen Rücklauf der Gruben auserkünde wäre.

### Wieder katholischer Gottesdienst für die Deutschen in Paris

Die deutsche katholische Gemeinde in Paris hält wieder regelmäßig Gottesdienste in der Auslandskirche in der Rue de Sévres ab. Der erste Gottesdienst fand am Sonntag in Anwesenheit des deutschen Botschafters von Hochstätt. Der Rektor der Gemeinde, Pater Ritter, ehemaliger Missionspater in Deutsch-Ostafrika, hielt ein feierliches Hochamt. Die Beteiligung an dem Gottesdienst war sehr stark.

gesichts der Tatsache, daß das Einkommen an Lohnsteuer in den vergangenen Monaten des Rechnungsjahres beträchtlich erreicht hat, die eine Uebererschuldung der gesetzlich festgelegten Höchstsumme erwarten lassen. Da mit Mehreinnahmen nicht gerechnet werden kann, ist sparsamste Haushaltsführung unbedingtes Erfordernis, um jede Gefährdung des Gleichgewichts unserer Finanzen zu vermeiden.

Das Los der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu bessern, entspricht dem einmütigen Empfinden des deutschen Volkes. In gleicher Weise wird die Regierung bestrebt sein, die öffentliche Wohlfahrtspflege zum Segen der Leidenden aufs Beste auszubauen. Die Wohnungsnot beeinträchtigt noch wie vor die Gesundheit unseres Volkslebens. Der Erhaltung des Altwohnungsraums und dem

#### Neu neuer Wohnungen

wird die Regierung ihre besondere Sorge zuwenden und dabei dem Bedürfnis der unermittelten und minderermittelten wohnungslosen Volksschichten Rechnung tragen. Sie wird die Bestrebungen fördern, durch rationellere Bebauung des Bauwesens die Baukosten zu senken. Da der Wohnungsbau als produktiv gilt, wird es ohne Bedenken sein, bei dringendem Bedarf Mittel im Wege der Anleihe aufzubringen, soweit es die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse und die Lage am Kapitalmarkt gestatten.

Die Reichsregierung stimmt mit der Länderkonferenz und der Gesamtheit des Volkes darin überein, daß die gegenwärtige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern einer grundlegenden Reform bedarf. Sie erstrebt eine starke Reichsgewalt mit Berücksichtigung der Bedeutung der vielfältigen Eigenarten des deutschen Volkslebens.

Die Regierung nimmt für sich die Führung auf dem Wege des Wiederaufbaues in Anspruch und vertraut darauf, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses hinter dem Programm der Reichsregierung steht.

Die Regierungserklärung wurde oft durch Beifallshuldigungen der Sozialdemokraten und der Mittelparteien, wiederholt auch durch höfliche Zurufe der Kommunisten und Nationalsozialisten unterbrochen. Die Aussprache über die Regierungserklärung beginnt heute nachmittags.

Als Redner für die heutige Aussprache über die Regierungserklärung sind von den einzelnen Fraktionen folgende Abgeordnete bestimmt worden: Für die Deutschen Nationalen Graf Westarp, für die Deutsche Volkspartei Dr. Schulz, für die Bayerische Volkspartei Leicht, für das Zentrum Dr. Steigerwald, für die Demokraten Dr. Haas; von der sozialdemokratischen Fraktion Dr. Breitscheid, für die kommunistische Fraktion Ewert, für die Wirtschaftspartei Drewitz, für die Nationalsozialisten Straßer.

### Ehrgang Kardinal Frühwirths

(Drahtbericht unseres Berichters.)

R. v. F. Rom, 2. Juli.

Der „Observatore Romano“ veröffentlicht ein längeres eigenhändiges lateinisches Glückwunschschreiben des Papstes an Kardinal Frühwirth zu dessen diamantenen Priesterjubiläum. Das Schreiben gibt einen Überblick über das reichgelegnete Leben des Ordensmannes, Dominikanergenerals, Runtius und Kardinals und äußert sich über die verdienstvolle Wirksamkeit des Jubilars in ehrenvoller Weise.

In der hiesigen Kapuzinerkirche wurde heute der 400. Jahrestag der Anerkennung des Kapuzinerordens durch Papst Clemens VII. feierlich begangen. An der Feier nahm der Ordensprotektor Kardinal Belmonte teil.